

Zur Wirtschaftslage

Von Prof. Dr. G. Menz

Weltwährungslage — Der neue Wirtschaftsgeist — Organisationsfragen — Werberatsbericht — Konjunktur und Volkseinkommen — Einzelhandelsumsätze — Buchhandel — Weihnachtsgeschäft

Zwei Tatsachen sind es in den letzten Wochen, die auch vom Standpunkt der Wirtschaft als deutsche Erfolge von besonderer Bedeutung an die Spitze aller Betrachtungen zu stellen sind: der Sieg an der Saar und die glücklich durchgeführte Zinsenkung der Goldpfandbriefe. Was beides bedeutet, liegt klar auf der Hand, sodaß darüber keine Worte weiter verloren zu werden brauchen. Noch nicht übersehbar hinsichtlich der Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung sind die Londoner französisch-englischen Vereinbarungen der letzten Tage. Nur eins steht wohl bereits fest: Die daran geknüpft gewesenen Erwartungen einer baldigen Vereinigung der Weltwährungslage dürften sich vorerst nicht erfüllen. Der bekannte Währungstheoretiker Professor Cassel war schon in einem vor der Londoner Zusammenkunft veröffentlichten Aufsatz über die Möglichkeiten einer zwischenstaatlichen Währungsstabilisierung zu der Schlussfolgerung gekommen, daß nur ein wohl- ausgewogenes Gleichgewichtsverhältnis zwischen den verschiedenen Währungen Aussicht auf eine dauerhafte Stabilisierung und damit auf ein gesundes Wirtschaften der Völker biete. Die internationalen Werte der Währungen, wie sie in dem Wechselkurs zum Ausdruck kommen, müßten mit den Kaufkraftparitäten in Übereinstimmung gebracht werden. Vorläufig besteht ein solches Gleichgewicht noch nicht. Das Pfund ist gegenüber dem Dollar leicht über-, gegenüber den Goldwährungen wie namentlich dem französischen Franken leicht unterbewertet. Damit vor allem begründet die Londoner City ihre Abneigung gegen eine vorzeitige Stabilisierung. Bei den währungspolitischen Besprechungen Flandins in London ist es nach den offiziösen französischen Kommentaren nur zu einem Austausch der Ansichten gekommen, wobei Flandin festgestellt habe, daß die Engländer keine Veranlassung sähen, ihre bekannte Ansicht zu ändern. Angebeutet wurde die Möglichkeit eines Ausbaues der Zusammenarbeit zwischen der französischen und der englischen Notenbank, aus der sich später eventuell Vorschläge über die Stabilisierung entwickeln könnten. In englischen Finanzkreisen wies man außerdem darauf hin, daß man London für den verfehlten Platz für den Beginn einer neuen Stabilisierungskampagne hält. Erste Bedingung sei eine bindende Zusage der USA., mitzumachen und für die nächste Zeit nicht wieder auszubrechen. Hier spricht die englische Sorge ganz offensichtlich mit, sich nicht übereilt in eine Kollektivfront gegen USA. hineinziehen zu lassen. England muß um der im Pazifik bestehenden Probleme willen peinlichst vermeiden, die ohnehin vorhandenen Gegensätzlichkeiten USA gegenüber unnötig zu versteifen und sich vorzeitig in eine Lage manövriert zu sehen, in der es zu einer Option für oder gegen die Union genötigt werden könnte. So standen die Dinge auch schon 1931 bei der gescheiterten Weltwirtschaftskonferenz, als es in erster Linie noch um die Schuldenregelung ging. Seitdem hat sich im Grundsätzlichen wenig geändert. Die Unsicherheit ist im Augenblick gerade noch erhöht durch den Streit um die amerikanische Goldklausel. Die Bekanntgabe der Entscheidung des Bundesobergerichts ist auf den 11. Februar vertagt worden. Der Generalstaatsanwalt hat eine Konferenz der Rechts- und Finanzfachverständigen der Regierung zusammenberufen, die im Falle einer für die Regierung ungünstigen Entscheidung über die zu ergreifenden Wirtschaftsmaßnahmen beraten soll. Es steht viel auf dem Spiel. Auch das Scheitern der Vorlage über den Beitritt Amerikas zur Genfer Schiedsgerichtsorganisation dieser Tage im Senat hat nicht dazu beigetragen, das Vertrauen zu heben. Hier liegt eine unverkennbare Niederlage Roosevelts vor, die seine Bewegungsfreiheit behindert. Welche Wirkung eine zweite in der Goldklauselfrage haben müßte, ist nicht zu übersehen. Auf jeden Fall war bei dieser Lage Zurückhaltung geboten. Umgekehrt hofft vielleicht England auch noch, einige Partner vom Goldblock abbröckeln und zum Sterlingblock überwechseln zu sehen. Die Weltwährungslage bedarf jedenfalls auch weiterhin einiger Aufmerksamkeit. Für Deutschland aber bestätigt sich damit immer wieder, daß es fehl ginge, wollte es abwarten, was die anderen tun; es kann sich nur auf sich selbst verlassen und muß aus eigenen Kräften aufbauen.

Die Rückblicke Anfang des neuen Jahres haben vielfach Gelegenheit geboten, die grundsätzlichen Voraussetzungen des Erfolges dieser Aufbauarbeit erneut herauszustellen. Eine Korrespondenz z. B. führte aus, wenn die Rechnungen der Konjunkturpolitiker gestimmt hätten, die man Anfang 1934 aufmachte, dann hätte Deutschland am Ende des Jahres 1934 vor einem hoffnungslosen Ruin stehen müssen. Besonders das Ausland habe sich mit diesen Konjunkturprognosen geradezu gegenseitig überboten. Nun sei es alles anders gekommen. Der Nationalsozialismus hätte gewußt, daß Wirtschaft etwas anderes sein könne als ein sich selbst steuernder Mechanismus. Das sei Wirtschaft immer nur, wenn sie sich aus der geistigen Herrschaft der Menschen gelöst habe. Wirtschaft aber, die in die Zucht menschlichen Geistes genommen sei, reiche damit in die überrationale Sphäre, in das Metaphysische hinein und empfangen die entscheidenden Impulse aus dieser metaphysischen Sphäre. Der Opferjinn, der dem Ausländer als ein wirkliches Wunder erscheine, sei eine der Wirklichkeiten, mit der das Metaphysische auch in den Bereich der Wirtschaft hineinwirke. Hier liege das tiefste Geheimnis des Nationalsozialismus, daß er es vermöge, Metaphysisches, d. h. von den Aufklärern für eine über-sinnliche Kraft Erklärtes Realität werden zu lassen. Auch an der Saar hat sich das bewährt. Wie am Abstimmungstage in der Deutschen Allgemeinen Zeitung überzeugend dargelegt wurde, beruhte der ganze französische Werbefeldzug im Saargebiet auf einer fundamentalen Verkennung der Zusammenhänge zwischen Volk und Wirtschaft. Er habe unterstellt, daß ein Volk seine Zugehörigkeit zu einer Nationalwirtschaft ohne weiteres wechseln könne wie einen Rock. An der Saar zeigte sich der enge Zusammenhang zwischen Volksart und Wirtschaftsgestalt, den auch die moderne Bedarfs-wedungswirtschaft nicht zu verwischen vermöge. Für die Selbstbehauptung einer Nation von heute sei wesentlich, daß in ihr Wirtschaft und Volk an einem Strang ziehen. Eine Nation, in der das nicht geschehe, sei als Lebens- und Machtinheit brüchig. Der ganze soziale Körper eines Volkes gerate in Unordnung, wenn die bestimmenden Wirtschafts Ideale der Nation im Volk nicht mehr geglaubt und, abgewandelt, von den einzelnen Berufs- und Wohlstands-schichten nicht mitgemacht würden. Eine seiner großen Gegenwartsaufgaben sehe der Nationalsozialismus daher gerade in der erzieherischen und organisierenden Arbeit an der Gleichrichtung von Wirtschaftsgestalt und Volksart, ökonomischer Triebkraft und nationaler Energie. Dieses Mühen sei Fundamentierungsarbeit an der sozialen Ordnung. Alle großen Wirtschaftsländer hätten um ihre Sicherung oder Entwicklung zu ringen, überall sei durch Kapitalismus und Bevölkerungsvermehrung, Auflösung alter sozialer Formen oder Klassenkampf die Einheit von Volk und Wirtschaft fragwürdig und zur Aufgabe geworden. Wie Hunke im ersten Februarheft seiner trefflichen Wochenschrift »Die deutsche Volkswirtschaft« betont, gibt uns das Aufbauwerk Adolf Hitlers die Berechtigung, von unserer Zeit als einer neuen Zeit zu sprechen, obwohl wir erst am Anfang des Werdens und Wachsens unseres Volkes und unseres Reiches ständen. Wir müßten nur dafür sorgen, daß in unserem deutschen Hause der Standesdünkel und der engstirnige Berufshorizont nicht den neuen Geist zerstören. Alle seien zum Aufbau willkommen. Wer aber jene ins Haus schmuggeln, der sei ein Feind Deutschlands.

Die Organisationsfragen der Wirtschaft scheinen durch die letzten Maßnahmen zu einem gewissen Abschluß gelangt. In diesem Sinne ist sicherlich auch die endgültige Ablösung Dr. Schmitts durch Dr. Schacht als Reichswirtschaftsminister aufzufassen, die dieser Tage erfolgte. Neue Erörterungen in der Fachpresse können aber vermuten lassen, daß sich vielleicht doch noch weitere Umgestaltungen vorbereiten. So betonte z. B. eben die »Braune Wirtschafts-Post« die Notwendigkeit der Schaffung einer einzigen einheitlichen Führungsstelle, die tatsächlich und wirksam die Oberleitungsfunktion des Staates gegenüber der Wirtschaft erfüllen könne. Auf die Dauer gesehen könne es eine Trennung in eine Wirtschafts- und in eine Verkehrspolitik nicht geben. Viel bedeut-